

1 Beschluss des erweiterten Landesausschuss am 25. Mai 2010

2 „Schleswig-Holstein 2020 - Raus aus den Schulden“

6 **Jeder dritte SteuerEuro für die Vergangenheit**

7 Die Schulden der Vergangenheit lasten schwer auf unserem Land. Beim Regierungswechsel 2005
8 betrug der Schuldenstand fast 23 Milliarden Euro. Und der Fehlbetrag im laufenden Haushalt war
9 auf über 1,7 Milliarden Euro angewachsen. Mehr als eine Milliarde Euro muss Schleswig-Holstein
10 2010 nur an Zinsen dafür aufbringen. Eine weitere Milliarde Euro ist für Pensionsleistungen an
11 Beamte fällig, für deren Altersversorgung in ihrer aktiven Dienstzeit keine Vorsorge getroffen
12 wurde. Und beide Belastungen steigen von Jahr zu Jahr weiter an.

13 Bei derzeit rund sechs Milliarden Euro Steuereinnahmen bedeutet das: Jeder dritte eingenommene
14 SteuerEuro muss für die Bezahlung von Vergangenheit aufgewendet werden und steht für Zu-
15 kunftsarbeiten nicht mehr zur Verfügung. Nicht für Forschung. Nicht für den Ausbau unserer
16 wirtschaftlichen Infrastruktur. Nicht für bessere Bildungschancen unserer Kinder. Nicht für die
17 Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

18 Aber damit nicht genug: Auch die realen Vermögenswerte des Landes wurden von den Vorgänger-
19 regierungen kurzerhand zu Geld gemacht. Über Jahrzehnte geschaffene Immobilienvermögen sind
20 seit 2000 bis über beide Ohren mit Schulden belastet. Die Zinsen und Tilgungsleistungen dafür
21 werden seitdem über Mieten bezahlt.

22 Auch die wirtschaftliche Infrastruktur Schleswig-Holsteins hat mit der Entwicklung der anderen
23 Bundesländer in den letzten zwanzig Jahren nicht Schritt gehalten. Das betrifft den zukunftsfähigen
24 Ausbau der Verkehrswege ebenso wie den Anschluss an schnelle Datennetze. Und Ausstat-
25 tung und baulicher Zustand unserer Schulen und Hochschulen erfüllen nicht unsere Qualitätsan-
26 sprüche.

29 **Jeder zusätzliche SteuerEuro zur Senkung des Fehlbetrages**

30 Unter Führung der CDU wurde der Fehlbetrag im Haushalt von über 1,7 Milliarden Euro bei der
31 Regierungsübernahme 2005 schon nach einem Jahr halbiert und 2008 auf unter 300 Millionen Euro
32 reduziert. Entgegen rot-grüner Vorgängerpolitik wurde jeder zusätzlich eingenommene SteuerEuro
33 konsequent zur Senkung des Fehlbetrages und stetigen Rückführung der jährlichen Neuverschul-
34 dung verwendet und nicht gleich wieder in neue Ausgabenprogramme gesteckt.

35 Seit 2006 nehmen wir nur noch neue Schulden auf, um damit die Zinsen für die Schulden unserer
36 Vorgänger zu begleichen. So haben wir in den Jahren 2007 und 2008 erstmals seit zehn Jahren wie-
37 der Jahresabschlüsse vorgelegt, die den Verfassungsvorgaben entsprechen – weniger neue Schul-
38 den als Investitionen und Vermögensverzehr. Ohne die enormen Zinslasten aus der Vergangenheit
39 hätten wir im Jahr 2008 sogar rd. 600 Mio. Euro Überschuss erwirtschaftet.

41 **Konsumausgaben im Haushalt begrenzt**

42 Auch auf der Ausgabenseite haben wir die Fehler der Vergangenheit vermieden. Wir haben den
43 Anstieg der Ausgaben begrenzt. So werden die konsumtiven Ausgaben ohne kommunalen Finanz-
44 ausgleich und Zinsen im Haushalt des Landes von 2005 bis 2010 insgesamt um lediglich 360 Milli-
45 onen Euro (+6 Prozent) steigen. In den fünf Jahren zuvor in rot-grüner Verantwortung wurden die-
46 selben Ausgaben um 850 Millionen Euro (+17 Prozent) um das Zweieinhalbfache gesteigert.

47

48 **Rot-grüner Stillstand beendet**

49 Gleichzeitig ist der Stillstand in vielen Bereichen beendet worden. So wurden über tausend zusätz-
50 liche Lehrer für bessere Bildung eingestellt, der Ausbau der Kleinkinderbetreuung auf den Weg
51 gebracht, der jahrelange rot-grüne Investitionsstau an wesentlichen Stellen beseitigt, der Ausbau
52 der wichtigen Verkehrsadern im Land endlich vorangetrieben, die Sanierung maroder Schulen ein-
53 geleitet. Und abgebaut wurde auch: 2010 gibt es 20 Landesbehörden und 800 Stellen im Stellen-
54 plan der Verwaltung des Landes weniger als beim Regierungswechsel 2005. Mehr Arbeit gibt es
55 dadurch inzwischen auch: Die Zahl der Arbeitslosen im Land sank um rd. 50.000.

56

57 **Immer mehr Zinsen für immer mehr Schulden**

58 Die finanzielle Lage Schleswig-Holsteins hat sich in Folge der Wirtschaftskrise seit 2009 wieder
59 verschlechtert. Dennoch: Selbst im Krisenjahr 2009 wäre ohne die Zinsbelastung der Vergangen-
60 heit ein Haushalt ohne Neuverschuldung greifbar gewesen. Ohne die konsequente Haushalts- und
61 Finanzpolitik der CDU in den letzten fünf Jahren wäre dies allerdings nicht möglich gewesen.

62 Aber es tröstet für die Zukunft nur wenig, dass die Finanzlage Schleswig-Holsteins bei der Regie-
63 rungsübernahme 2005 objektiv noch deutlich schlechter war als heute. Damals war die Neuver-
64 schuldung ohne die größte weltweite Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit höher als heute. Die
65 Kreditfinanzierungsquote lag 2005 bei knapp 21 Prozent, bis 2008 hatten wir sie unter sechs Pro-
66 zent drücken können, 2009 betrug sie elf Prozent.

67 Entscheidend ist die Erkenntnis: Immer mehr Zinsen für jährlich neue Schulden engen den Spiel-
68 raum zur Gestaltung von Zukunft immer weiter ein. Zinsen fressen öffentliche Leistung auf. Wirt-
69 schaftliche Rückschläge mit ihren Auswirkungen auf die Steuereinnahmen einerseits und die sozia-
70 len Ausgaben andererseits können nicht mehr geschultert werden. Schleswig-Holstein fehlt die
71 Fähigkeit, aktuelle Risiken zu absorbieren.

72 Bei einer Fortsetzung der früheren Finanz- und Haushaltspolitik ohne die vorgesehenen Maßnah-
73 men werden sich die Schulden des Landes in den kommenden zehn Jahren verdoppeln, ebenso die
74 daraus erwachsenen Zinsen, die wegen der Zinsentwicklung voraussichtlich noch stärker steigen
75 würden. Dieser Entwicklung müssen wir ein Ende setzen.

76

77

78

79

80 **Wir machen Schluss mit immer mehr Schulden**

81 Die Konsolidierung unseres Haushaltes ist deshalb das wichtigste Ziel der CDU Schleswig-Holstein
82 und wird auch über diese Legislaturperiode hinaus andauern.

83 Wir wollen ab 2020 in wirtschaftlich normalen Zeiten jährlich einen strukturell ausgeglichenen
84 Haushalt ohne neue Schulden vorlegen und abschließen. Dann müssen die regelmäßigen Einnah-
85 men die laufenden Ausgaben ohne neue Schulden decken. Dazu werden wir unser heutiges struk-
86 turelles Haushaltsdefizit von rund 1,25 Milliarden Euro – also die Differenz zwischen regelmäßigen
87 Einnahmen und Ausgaben – über das nächste Jahrzehnt jährlich um etwa 125 Millionen Euro ab-
88 senken. Dieser Konsolidierungspfad ist die Voraussetzung dafür, dass Schleswig-Holstein Konsoli-
89 dierungshilfen von jährlich 80 Millionen Euro erhalten kann, insgesamt also in neun Jahren 720
90 Millionen Euro.

91 In wirtschaftlichen Schwächeperioden können konjunkturbedingte steuerliche Mindereinnahmen
92 vorübergehend durch zusätzliche Kreditaufnahme ersetzt werden. Sie muss jedoch im Konjunktur-
93 zyklus zeitnah wieder zurück geführt werden. Damit wird vermieden, dass hektisches Kürzen von
94 Ausgaben die wirtschaftliche Schwäche prozyklisch verstärkt. Im Gegenzug sind überdurchschnitt-
95 liche Einnahmen in einem wirtschaftlichen Aufschwung zunächst für die Tilgung der zusätzlichen
96 Kreditaufnahme in der Schwächeperiode zu verwenden.

97 Auch in außergewöhnlichen Notsituationen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den
98 Haushalt ist eine Kreditaufnahme möglich. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit im Landtag sowie
99 ein verbindlicher Tilgungsplan für die Rückführung dieser Schulden erforderlich.

100 In diesem Sinne hat die CDU im Landtag für die Aufnahme eines entsprechenden Neuverschul-
101 dungsverbots in die Landesverfassung gestimmt.

102

103 **Einnahmen stabilisieren – Ausgaben begrenzen**

104 Grundsätzlich bestehen drei Varianten, die regelmäßigen Ausgaben durch regelmäßige Einnahmen
105 zu decken:

- 106 - Die Einnahmen werden über ihren langfristigen Trend von jährlich +2,5 Prozent hinaus um
107 weitere rund 1,25 Milliarden dauerhaft erhöht.
- 108 - Die Ausgaben werden um rund 1,25 Milliarden Euro gesenkt. In Anbetracht zunächst wei-
109 ter steigender Zinslasten fällt die Senkung der Budgets für Personal, Verwaltung, Zuwen-
110 dungen und Investitionen entsprechend höher aus.
- 111 - Die Einnahmen müssen über die Wachstumsannahmen hinaus dauerhaft stabilisiert wer-
112 den und die Budgets für Personal, Verwaltung, Zuwendungen und Investitionen müssen
113 parallel begrenzt werden.

114 Bereits im Wahlprogramm zur Landtagswahl hat sich die CDU Schleswig-Holstein für den dritten
115 Weg ausgesprochen, die Einnahmen zu stabilisieren und die Ausgaben zu begrenzen.

116

117 Die Haushaltsstrukturkommission hat heute (25. Mai 2010) den Fraktionen von CDU und FDP in
118 einer gemeinsamen Klausurtagung ihre Vorschläge vorgelegt. Sie enthalten die Eckpunkte für die

119 Finanzplanung und die Haushalte der Jahre 2011 und 2012 sowie die entsprechenden kurz-, mittel-
120 und langfristigen strukturell erforderlichen Maßnahmen. Die darin enthaltenen Kürzungen von
121 Ausgaben werden hart und spürbar sein. Sie betreffen nahezu alle Bereiche des öffentlichen Le-
122 bens. Sie sind aber ohne Alternative. Sparen, ohne dass es jemand merkt, geht nicht.

123

124 Unsere Eckpunkte:

125 - Schleswig-Holstein wird aktiv an einer Steuerstrukturreform mitwirken, die Ausnahmetat-
126 bestände in der Steuergesetzgebung reduziert, zu mehr Transparenz und weniger Verwal-
127 tungsaufwand bei Steuerbürgern und -unternehmen sowie der Steuerverwaltung führt und
128 an den entscheidenden Stellen zukünftiges Wachstum stimuliert.

129 - Eine darüber hinaus gehende Senkung des Steuervolumens würde die regelmäßigen Ein-
130 nahmen dauerhaft reduzieren und damit das strukturelle Defizit des Landes von derzeit
131 rund 1,25 Milliarden Euro weiter erhöhen. Schleswig-Holstein sieht deshalb derzeit keinen
132 finanziellen Handlungsspielraum für eine weitere Absenkung des strukturellen Steuervo-
133 lumens.

134 - Alle Aufgabenbereiche leisten grundsätzlich ihren Beitrag zur Konsolidierung.

135 - Der notwendige Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur wird weiter forciert, um die Vo-
136 raussetzungen für Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein zu schaffen.

137 - Forschung und Entwicklung im Lande werden als wichtige Zukunftsbranche zielstrebig
138 ausgebaut.

139 - Die Verbesserung der Bildungschancen unserer Kinder bilden einen Schwerpunkt der Lan-
140 despolitik.

141 - Die Einrichtungen zur frühkindlichen Bildung und Betreuung für Kinder in Schleswig-
142 Holstein werden als Voraussetzung für die Wahlfreiheit von Eltern hinsichtlich der Verein-
143 barkeit von Familie und Beruf gestärkt.

144 - Der Stellenbestand des Landes wird bis 2020 um etwa zehn Prozent verringert. Das be-
145 grenzt den Anstieg des Budgets für Personal und Verwaltung.

146 - Das Budget für Zuwendungen und Zuschüsse wird stetig reduziert.

147 - Alle öffentlichen Leistungen werden ohne Tabus auf den Prüfstand gestellt. Das Land kon-
148 zentriert sich auf die Kern- und Zukunftsaufgaben im Rahmen seiner finanziellen Hand-
149 lungsfähigkeit.

150

151

152

153

154

155

156 **Wir haben nur eine Chance**

157 Die vor uns liegenden Jahre werden nicht einfach. Aber sie werden über die zukünftige Handlungs-
158 fähigkeit von Schleswig-Holstein entscheiden. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte er-
159 fordert die Bereitschaft, neue Denk- und Verhaltensweise zuzulassen und alte Gewohnheiten, die
160 unser Land zunehmend gelähmt haben, über Bord zu werfen. Nur so kann der Staat verhindern,
161 dass wir weiterhin Milliarden über Milliarden Euro für Zins und Zinseszins ausgeben. Gleichzeitig
162 werden wir die Kontrolle über die öffentlichen Finanzen zurückgewinnen.

163 Unser politisches Handeln zur Erreichung dieses Ziels wird Schleswig-Holstein die finanzielle
164 Handlungsfähigkeit zurückgeben. Der Preis des Verzichts ist weitaus niedriger als der Preis, den
165 Schleswig-Holstein zahlen müsste, wenn es seine finanziellen Probleme nicht lösen würde.

166 Mit einem Kurs der strikten Haushaltskonsolidierung bauen wir zugleich Brücken in die Zukunft.

167 Wir verbessern die Zukunftsperspektiven kommender Generationen ohne die Lebenssituation der
168 heutigen Generation unzumutbar zu verschlechtern. Wir sorgen dafür, dass unsere Kinder und
169 Kindeskiner ihre Zukunft eigenverantwortlich gestalten können, ohne ausschließlich unsere
170 Schulden bedienen zu müssen.

171 Dieser Weg erfordert Mut, zeigt aber auch Verlässlichkeit und Ehrlichkeit. Wir lösen damit unser
172 zentrales Wahlversprechen gegenüber den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern
173 ein: für Generationengerechtigkeit durch eine nachhaltige und solide Finanzpolitik zu sorgen.

174 In der vergangenen Legislaturperiode haben wir als CDU trotz mancher Behinderung durch den
175 damaligen Koalitionspartner bereits wichtige Weichenstellungen in Richtung Haushaltskonsolidie-
176 rung vorgenommen. Mit der FDP haben wir nun einen Koalitionspartner, mit dem wir zusammen
177 im gleichen Tempo dieselbe Zielrichtung verfolgen.

178 Die CDU steht zu ihrer Verantwortung und wird diesen Weg zum Wohl des Landes und seiner Bür-
179 gerinnen und Bürger beschreiten. Das Beispiel Griechenlands hat gezeigt, wohin Überschuldung
180 führt.

181

182 Wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner stehen mit einer entschlossenen Haus-
183 haltssanierung nicht alleine da: Kanada, Schweden und Dänemark sind diesen Weg bereits gegang-
184 en und stehen heute besser da als vorher. Im Vergleich mit den anderen deutschen Bundeslän-
185 dern werden wir aber die ersten und damit ein wichtiger Impulsgeber sein.

186 Wir haben nur eine Chance: Gehen wir entschlossen diesen Weg.

187

188 **Der Landesausschuss der CDU Schleswig-Holstein am 25. Mai 2010 möge beschließen:**

189 ***Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt die Landesregierung und die Landtagsfraktion in ihren***
190 ***Anstrengungen, die Finanzen des Landes nachhaltig zu sanieren und stellt sich hinter die erforder-***
191 ***lichen Entscheidungen. Sie hält den Weg für unerlässlich, das Land zukunftsfähig zu gestalten und***
192 ***neue Wachstumsimpulse zu setzen.***

193 ***Die CDU Schleswig-Holstein sieht darin die Umsetzung eines Kernziels des vom Landesparteitag***
194 ***am 24. Oktober 2009 beschlossenen Koalitionsvertrags.***